



Nr. 42

1. Dezember 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb Gewerkschaftstag

[Silberbach: Krisenbewältigung funktioniert nur mit starkem öffentlichen Dienst](#)

dbb frauen

[dbb Gewerkschaftstag: Gleichstellungspolitische Weichen gestellt](#)

dbb jugend

[Ohne junge Beschäftigte kein öffentlicher Dienst der Zukunft](#)

dbb senioren

[dbb Gewerkschaftstag: Stimme der dbb bundesseniorenvertretung gestärkt](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile](#)

Sachsen

[Beamtinnen und Beamte sauer: Wertschätzung des Dienstherrn geht anders](#)

Thüringen

[Versorgung: Energiepreispauschale noch in Arbeit](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Mehr Geld für Landräte – Knecht: Steilvorlage für die Einkommensrunde](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Böhm: Berufsbeamtentum für Lehrkräfte steht außer Frage](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

dbb Gewerkschaftstag

Silberbach: Krisenbewältigung funktioniert nur mit starkem öffentlichen Dienst

In seiner Grundsatzrede auf dem Gewerkschaftstag fordert dbb Chef Ulrich Silberbach eine Kehrtwende in der Finanz- und Personalausstattung des öffentlichen Dienstes.

„Ins Unsichere sind wir gerade alle gemeinsam unterwegs. Kostenexplosion, Corona-Krise, Krieg und Klimawandel: Das Land, ja die ganze Welt, hat mit vielen parallelen Krisen zu kämpfen. Gleichzeitig hält nur noch ein Drittel der Bevölkerung den Staat für handlungsfähig, das hat unsere dbb Bürgerbefragung im Herbst gezeigt. Das ist gefährlich. Am langen Ende für die Demokratie selbst“, sagte der dbb Bundesvorsitzende am 29. November 2022. Das erste Jahr der Ampel-Koalition sei für die Beschäftigten enttäuschend gewesen, weil in wichtigen Bereichen wie Bezahlung, Digitalisierung oder Fachkräftegewinnung keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden seien. „Diese Probleme im öffentlichen Dienst sind nicht vom Himmel gefallen, sie beschäftigen uns schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten. Aber in Krisenzeiten rächen sie sich doppelt und dreifach. Deutschland hat aktuell nur eine Schön-Wetter-Daseinsfürsorge. Wir brauchen eine Kehrtwende in der Finanz- und Personalausstattung des öffentlichen Dienstes.“

Am Beispiel des Kampfes gegen den Klimawandel und der Bewältigung seiner Folgen machte Silberbach die Probleme des öffentlichen Dienstes deutlich. Auch hier nahm er die Regierungen von Bund und Ländern in die Pflicht, der Staat müsse eine Vorbildfunktion einnehmen: „Nur ein Beispiel: Immer schärfer werden die Energiesparvorgaben für Wirtschaft und Bevölkerung. Politik will dem Hauslehaber die Photovoltaikanlage auf dem Dach und das E-Auto in der Garage vorschreiben und reguliert in manchen Ländern sogar die Gestaltung der Vorgärten. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Das kann man alles diskutieren, vieles mag auch sinnvoll sein. Aber von Parteien, die wahlweise die Eigenverantwortung oder den Umweltschutz hochhalten, möchten die Bürgerinnen und Bürger dann doch auch erfahren: Was macht eigentlich der Staat? Warum sitzt unsere Polizei in zugigen Revieren? Und warum pfeift unseren Kindern jetzt gerade in diesem Moment der kalte Novemberwind durch kaputte Schulfenster um die Ohren?

Wenn Politik es ernst meint mit dem Klimaschutz, dann gehört jedes öffentliche Gebäude saniert. Eine Photovoltaik-Anlage aufs Dach. Und die Fahrzeugflotte jeder Behörde klima-

neutral modernisiert. Sie wollen weniger Verkehrsemission? Dann schieben sie sich bei der Organisation eines attraktiven und bezahlbaren ÖPNV nicht immer gegenseitig die Verantwortung zu. Das ist unerträglich und grenzt schon an Arbeitsverweigerung. Und lassen Sie doch endlich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wo immer es möglich und von ihnen gewünscht ist, im Homeoffice arbeiten. So und nicht anders geht Vorbildfunktion.“

Der dbb Chef warb gerade mit Blick auf die zahlreichen Krisen für mehr gesamtgesellschaftliche Solidarität: „Dabei hilft es nicht, wenn Bürgerinnen und Bürger sich über ein paar gefahrene Autokilometer oder einen Urlaubsflug zerstreiten. Wenn wir einen Klimawandel brauchen, dann in unserer Gesellschaft. Hin zu einem neuen Miteinander statt gegeneinander. Politik steht auch da in der Verantwortung. Nicht nur gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sondern gerade auch gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die die Konsequenzen von Nicht-Handeln und Gegeneinander tagtäglich am eigenen Leib erfahren. In diesem Zusammenhang verwies Silberbach auf das Motto des dbb Gewerkschaftstages „Staat. Machen wir!“. Das sei „durchaus selbstbewusst gemeint, mit Betonung auf ‚wir‘. Denn: Ohne die Menschen im öffentlichen Dienst ist keine Krise zu meistern. Das Motto ist aber auch als Einladung an alle Politikerinnen und Politiker im Land gemeint, endlich anzupacken. ‚Staat. Machen. Wir!‘. Am besten gemeinsam, denn anders geht es nicht.“ Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes seien bereit, die anstehenden Herausforderungen anzunehmen. „Diese Kolleginnen und Kollegen sorgen 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche dafür, dass dieses Land funktioniert. Mit Einsatz und Leidenschaft. Mir macht das Hoffnung. Denn das ist es, was den öffentlichen Dienst ausmacht: Menschen im Dienst der Menschen! Und so lange wir die haben, wird mir um dieses Land nicht bange.“

Bundeskanzler Olaf Scholz hat beim dbb Gewerkschaftstag ebenfalls die Bedeutung des öffentlichen Dienstes betont und den Beschäftigten gedankt – sie seien „die Gestalter der Zeitenwende“. „Deutschland braucht einen starken öffentlichen Dienst – gerade jetzt in diesen Krisenzeiten“, sagte Bundeskanzler

Olaf Scholz bei der Öffentlichen Veranstaltung am 29. November 2022. Die Zeitenwende, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und dem einhergehenden Bruch der europäischen Friedensordnung, mache nirgendwo Halt und betreffe in ihren Auswirkungen sämtliche Bereiche des öffentlichen Dienstes, wo die Beschäftigten neben den „normalen“ Aufgaben unter Hochdruck an der Unterstützung für Geflüchtete, der Abfederung von Härten durch Inflation und Energiepreisexplosion sowie der Umsetzung der Energiewende arbeiteten. „Sie sind die Gestalter der Zeitenwende“, adressierte der Bundeskanzler die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes in Deutschland. „Staat machen Sie, und das sehr gut. Und dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen.“

Scholz bezeichnete den öffentlichen Dienst als „Rückgrat unseres Landes“, dem in Zeiten von Krisen, Veränderungen und Unsicherheit eine besondere Bedeutung zukomme. „Umso wichtiger ist ein Staat, der liefert, der spürbar an der Seite der Bürgerinnen und Bürger steht“, unterstrich der Kanzler. Deutschland stehe mit der Energiewende vor der größten Transformation seit Beginn der Industrialisierung. Um diesen Prozess erfolgreich und innerhalb des eng gesteckten Zeitrahmens voranzutreiben, brauche man Behörden und Verwaltungen – und die bisher erreichten Zwischenziele zeigten, dass der öffentliche Dienst nicht beweisen, müsse „dass er Tempo machen kann. Sie machen Tempo, meine Damen und Herren“, erkannte der Bundeskanzler an. In einer „für unser Land fast atemberaubenden Geschwindigkeit“ entstünden an der Nordsee Flüssiggasterminals, würden innovative internationale Unternehmen wie Tesla für Standorte in Deutschland gewonnen. „All das haben unsere Verwaltungen entscheidend vorangetrieben“, stellte Scholz fest.

Es stehe außer Frage, betonte der Kanzler, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Gestaltung der Zukunftsaufgaben auf die richtigen Rahmenbedingungen und politische Unterstützung angewiesen seien. „Beides will ich ihnen heute zusagen“, versprach Scholz und sicherte sowohl mit Blick auf die amtsangemessene Alimentation und leistungsgerechte Bezahlung als auch in Sachen Digitalisierung der Verwaltung Verbesserungen zu: „Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen, das gilt insbesondere für die, die ihre Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen.“ Der Kanzler forderte eine „Selbstverpflichtung der Politik: Gesetzgebung und Verwaltung dürften nicht auseinanderfallen, „wir hören auf diejenigen, die die Regelungen

nachher umsetzen müssen“. Der Regierungschef bekannte sich zudem klar für eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber. Man habe zwar mittlerweile zusätzliche Stellen geschaffen, um dem Personalmangel entgegenzuwirken, „aber diese „Stellen müssen jetzt auch mit guten Köpfen besetzt werden können“, sagte Scholz. Dies gelänge nur mit einer wettbewerbsfähigen Bezahlung und attraktiven Arbeitsbedingungen wie modernen digitalen Abläufen, Homeoffice, Qualifizierungs- und Aufstiegsperspektiven. Scholz appellierte im Zusammenhang mit der Nachwuchsgewinnung an Klimaaktivistinnen und -aktivisten: „Wer sich für den Klimaschutz einsetzen will, muss sich dafür nicht auf Start- und Landebahnen von Flughäfen festkleben, sondern kann im öffentlichen Dienst viel mehr voranbringen.“

Die Rolle des Staates und das Ansehen des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber waren auch Themen der Podiumsdiskussion von Vertreterinnen und Vertretern der Bundestagsparteien. Die Politische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen Emily Büning, sprach sich dabei am 29. November 2022 klar für Einkommenserhöhungen im öffentlichen Dienst aus. „Ich glaube, das ist richtig, weil es eine Teuerungsrate gibt. Ein attraktiver öffentlicher Dienst muss angemessen ausgestattet werden. Wir brauchen unseren Staat.“ Büning regte an, dass Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen proportional mehr erhalten sollten. Die hohe Arbeitsbelastung der Beschäftigten ließe sich auch durch eine Verschlankung von Aufgaben des öffentlichen Dienstes reduzieren: Leistungen sollten zusammengelegt, die Zahl der Antragsverfahren verringert werden. Diesbezüglich biete die Digitalisierung ein großes Potential. Bei der Rekrutierung neuer Beschäftigter sei es zudem wichtig, sowohl das Arbeiten in Teilzeit zu ermöglichen, als auch Modelle wie etwa „Führen im Team“ anzubieten, um insbesondere Frauen zu erreichen, die Karriere machen wollten. Eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst eigne sich für alle, die mit Menschen arbeiten, einen sinnstiftenden sicheren Arbeitsplatz und Gestaltungsmöglichkeiten haben wollen, betonte Büning.

Der öffentliche Dienst brauche Wertschätzung, eine gute Infrastruktur, Ausstattung und Vergütung, bekräftigte ebenso CDU-Generalsekretär Mario Czaja. Auch müssten die Prozesse stimmen, wobei es vor allem darauf ankomme, die Abläufe in der Verwaltung möglichst flüssig und transparent zu gestalten. Um das Image des öffentlichen Dienstes attraktiver zu gestalten, forderte Czaja, die Erfahrungsstufen in der

Besoldung besser abzubilden. Zudem gelte es, die Selbstwirksamkeit zu stärken. Es mache niemandem Freude, wenn sich die unterschiedlichen Verwaltungen gegenseitig blockierten. Wichtig sei eine Änderung im Mindset. Wenn wie zum Beispiel in Berlin eine Kennzeichnungspflicht für die Polizei eingeführt und gleichzeitig in der Antidiskriminierungsstelle mit Beweislastumkehr gegen die Polizei gearbeitet werde, sei die Bereitschaft, zur Polizei zu gehen, nicht sonderlich groß. Aus Sicht des CDU-Politikers Sorge auch die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern in Berlin nicht für Abhilfe bei den chaotischen Zuständen in den Klassenzimmern, wo teilweise für die gleiche Arbeit vier unterschiedliche Gehalts- beziehungsweise Besoldungsstufen gelten würden. Czaja kritisierte auch die Kleinteiligkeit der neuen Aufgaben, die den Beschäftigten in Verwaltungen und Behörden gegeben würden. „Wenn ich mit Abschlagszahlungen anfangen, heißt das, dass man den Vorgang zwei- bis dreimal anfassen muss.“ Im Jobcenter von Berlin-Neukölln hätten ihm Beschäftigte erzählt, sie seien dort nicht in der Lage, all die Neuerungen einzuführen. Jeder der Mitarbeitende bearbeite dort an die 220 Fälle pro Tag. Irgendwann sagten die Mitarbeiter dann „Jetzt reicht's!“, und das könne man verstehen, so Czaja.

Die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag Susanne Ferschl bezeichnete die angemessene Bezahlung der Beschäftigten als einen Baustein, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu erhöhen. Als weitere Anreize nannte sie verbesserte Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, eine größere Durchlässigkeit bei den Laufbahnen sowie generell mehr Möglichkeiten zur Karrieregestaltung. Aus Sicht der Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Partei DIE LINKE trügen zudem modern ausgestattete Arbeitsplätze und deutlichere Fortschritte bei der Digitalisierung erheblich dazu bei, das Image des öffentlichen Sektors zu erhöhen. „Ausbildungsplatzgarantien könnten junge Menschen ermutigen, eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst anzustreben. Und weitere Angebote zur besseren Vereinbarung von Beruf und Familien werden das Interesse am öffentlichen Dienst insbesondere bei Frauen weiter erhöhen“, zeigte sich Ferschl überzeugt. Generell sei wichtig, stärker hervorzuheben, dass „es die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind, die den Staat am Laufen halten. Wir müssen aufhören, die Kosten einer guten Verwaltung ständig zu thematisieren. Dadurch entsteht eine Negativspirale, die nirgendwo hinführt“, betonte sie. Bezüglich der Schaffung von mehr

Diversität im öffentlichen Dienst hob Ferschl die Bedeutung zielgruppen- und gendergerechter Initiativen hervor: Bisher habe die Bundesregierung beispielsweise zu wenig unternommen, Frauen aus der Teilzeitfalle zu holen. Auch fehlten probate Quotenlösungen zur Förderung weiblicher Führungskräfte.

Konstantin Kuhle, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion, betonte, dass gerade das Berufsbeamtentum für junge Menschen attraktiv sei, „aber wir haben zu wenige, die sich zum Beispiel in der IT ein Leben lang verpflichten wollen. Daher müssen wir uns über Einstiege und Laufbahnen Gedanken machen“, forderte Kuhle. Die praktischen IT-Kenntnisse, die viele Bewerberinnen und Bewerber mitbrächten, seien in den Laufbahnen noch gar nicht angemessen abgebildet. Auch Laufbahnwechsel müssten in den Behörden „kulturell gelebt“ und Möglichkeiten gefördert werden, „wieder aus dem öffentlichen Dienst herauszukommen, und zum Beispiel in die Wirtschaft oder den Tarifbereich zu wechseln“. Per se weniger Verbeamtung bedeute diese Art der Flexibilisierung aber nicht: „Zu sagen, wir haben zu viele Beamte, ist mit zu pauschal“, sagte Kuhle. Auch die Einkommensforderung des dbb für die Einkommensrunde 2023 mit Bund und Kommunen sei nicht zu hoch: „Zehn Prozent sind ja bei der Inflation nicht mehr Geld als vorher. Es ist doch klar, dass sie das fordern müssen. Nur, was am Ende dabei herauskommt, müssen sie mit meinem Parteivorsitzenden, dem Finanzminister besprechen“. Was die Qualität des öffentlichen Dienstes betreffe, habe man zum Beispiel in Berlin nicht das Gefühl, der Staat erfülle seine Grundfunktionen, wenn man einen Pass beantragen wolle. „Daher müssen wir im regulatorischen Rahmen mehr darauf achten, dass die Grundzüge funktionieren, bevor man etwas neues draufpackt“, damit die Beschäftigten nicht noch weiter überfordert würden. „Wir müssen auch mehr Digitalisierung erreichen, und das nicht erst bis 2050.“ Hier sieht der FDP-Politiker auch die Länder in der Pflicht mitzuziehen, statt „ihre eigenen Süppchen zu kochen. Es fehlt oft das kulturelle Verständnis dafür, dass wir Verwaltung neu aufsetzen müssen, um sie zu digitalisieren.“

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert forderte eine angemessene Vergütung und sächliche Ausstattung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Mit Blick auf den Zustand mancher Dienstgebäude gab Kühnert zu bedenken: „Man mag sich nicht vorstellen, was es für Beschäftigte bedeutet, 38 bis 40 Stunden pro Woche in dieser Umgebung arbeiten zu müs-

sen.“ Das zu ändern, sei eine Frage des Respekts gegenüber den Beschäftigten. Mit Blick auf die Aufgabenflut, zum Beispiel durch die Wohngeldreform, räumte Kühnert ein, dass es einen „ruckeligen Übergang zum Jahresende“ geben werde. Das sei aber nicht die Schuld der umsetzenden Beschäftigten, sondern die Folge einer schnellen und notwendigen politischen Entscheidung, die ebenso schnell umgesetzt werden müsse. Daher seien die Behördenleiter aufgefordert, „lebenstaugliche, praktische Regelungen im Rahmen ihrer Spielräume zu nutzen, um die Verfahren zu beschleunigen. So viel Hands-On-Mentalität würde ich mir wünschen“, und dafür gebe es auch die notwendige politische Rückendeckung. Was das Krisenmanagement des Staates betreffe, konstatierte Kühnert, dass Stellenäquivalente nicht als von Menschen besetzte Stellen gezählt werden dürften. „Wir müssen darüber streiten, wie wir mehr Menschen in den öffentlichen Dienst bekommen.“ Die Hälfte der erwerbstätigen Frauen hätten zum Beispiel „einen deutlichen Gap zwischen ihrer Teilzeitbeschäftigung und dem, was sie eigentlich gerne tun würden“. Der Schlüssel liege hier unter anderem in der Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen im öffentlichen Dienst. Vor allem politisch interessierten und vielleicht unzufriedenen jungen Leuten empfiehlt Kühnert, sich für den öffentlichen Dienst zu interessieren, „weil sie dort wirksam werden und etwas zum Besseren verändern können“.

Bereits am Vortag hatte der dbb Gewerkschaftstag in Berlin Ulrich Silberbach erneut zum dbb Bundesvorsitzenden gewählt. Der 61-Jährigen bleibt damit für weitere fünf Jahre an die Spitze des Dachverbands. Der gebürtige Kölner, dessen Heimatgewerkschaft die komba ist, führt den dbb beamtenbund und tarifunion bereits seit 2017 an und betonte vor den Delegierten, dass Deutschland nur mit einem modernen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst gut durch die aktuelle wirtschaftliche Krise kommen und seine Zukunftsaufgaben erfolgreich meistern werde. Der dbb, „die einzig wahre Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes“, werde die Verantwortlichen in der Politik daran messen, „welche Anstrengungen und Investitionen sie für jene auf den Weg bringen, die dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert – Beamtinnen wie Beamte und Tarifbeschäftigte“, sagte Silberbach unmittelbar nach seiner Wahl. Der öffentliche Dienst habe in den vergangenen drei Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wichtig er für die volkswirtschaftliche Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei. „Diesen Wert müssen wir erhalten, und dafür werde ich gemeinsam mit den 1,3 Millionen Kolleginnen

und Kollegen im dbb weiter leidenschaftlich kämpfen“, betonte Silberbach.

Nach der Bestätigung von dbb Chef Ulrich Silberbach im Amt hat der dbb Gewerkschaftstag die weiteren Mitglieder der dbb Bundesleitung gewählt.

Friedhelm Schäfer, der bisherige Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik, bekleidet sein Amt ebenso wie Volker Geyer, bisheriger stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, für weitere fünf Jahre.

Komplettiert wird die neue Bundesleitung des dbb durch die weiteren stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden:

- Simone Fleischmann (Verband Bildung und Erziehung – VBE)
- Andreas Hemsing (komba gewerkschaft)
- Milanie Kreutz (Deutsche Steuergewerkschaft – DSTG)
- Heiko Teggatz (DPoIG Bundespolizeigewerkschaft – DPoIG)
- Maik Wagner (Gewerkschaft der Sozialversicherung – GdS)
- Claus Weselsky (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer – GDL)

Qua Amt gehören der dbb Bundesleitung zudem als beratende Mitglieder ohne Stimmrecht die Vorsitzenden der dbb jugend (Matthäus Fandrejewski) und der dbb bundessenorenvertretung (Horst Günther Klitzing) an.

Zu Ehrenmitgliedern des dbb wählten die Delegierten die bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Astrid Hollmann (Mediengewerkschaft VRFF), Kirsten Lühmann (Deutsche Polizeigewerkschaft – DPoIG) und Thomas Eigenthaler (Deutsche Steuer-Gewerkschaft – DSTG), die in diesem Jahr nicht mehr kandidiert hatten.

Das höchste Gremium des dbb hat zudem ein umfangreiches Paket an wegweisenden Beschlüssen für einen modernen öffentlichen Dienst gefasst. In über 30 Leitträgen, die der dbb Gewerkschaftstag am 28. November 2022 angenommen hat, sind alle notwendigen Bausteine für eine umfassende Modernisierung des Staates enthalten. „Heute wurde einmal mehr bewiesen: Der dbb mit seinen 41 Fachgewerkschaften und 16 Landesbünden ist das Kompetenzzentrum für alle Belange des öffentlichen Dienstes und der Daseinsfürsorge“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. „Von den tragenden Säulen der Be-

amten- und Tarifpolitik über Querschnittsthemata wie Mitbestimmung, Digitalisierung und Diversität in der gesamten Verwaltung bis hin zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Fachkräftemangel, demografischer Wandel sowie Klimapolitik: Der dbb benennt nicht nur offen und ehrlich die Probleme des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche, sondern bietet als konstruktiver Partner von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Wirtschaft eigene Lösungen an.“

Der dbb Chef dankte den unzähligen Ehrenamtlichen in der Organisation für ihre engagierte Arbeit im Vorfeld der Beschlüsse: „Die Leitanträge spiegeln das Wesen des dbb: Die thematische Bandbreite und qualitative Tiefe der gefassten Beschlüsse zeigt, dass unser Fachgewerkschafts-Prinzip genau richtig ist. Diese Nähe, zu den Themen und vor allem zu den Menschen, ist unsere Stärke. Das ist echte Vielfalt statt Einheitsbrei. Dass so viele Kolleginnen und Kollegen sich ehrenamtlich neben ihrem Dienst dafür einsetzen, die Arbeitsbedingungen für alle zu verbessern, zeigt außerdem einmal mehr: Wer in den öffentlichen Dienst kommt, der tut das in der Regel – allen Widrigkeiten zum Trotz – für andere, für die ganze Gesellschaft. Deshalb werde ich gemeinsam mit der Bundesleitung und allen weiteren dbb Gremien sowie unserer Geschäftsstelle und den dbb Dienstleistungszentren mit großer Leidenschaft an der Umsetzung dieser Leitanträge arbeiten.“

Im Anschluss an den dbb Gewerkschaftstag hat sich am 29. November 2022 die neue dbb Bundestarifkommission zu ihrer konstituierenden Sitzung getroffen. Sie besteht aus der Bundesleitung, den Vertreterinnen und Vertretern der tariffähigen Mitgliedsgewerkschaften, den Vorsitzenden der Landesbünde sowie je einem/r Vertreter/in der dbb Jugend, der dbb

bundesfrauenvertretung und der dbb Bundes-seniorenvertretung. Die Landesbünde können die/den jeweilige/n Vorsitzende/n ihrer Landes-tarifkommission mit beratender Stimme entsenden.

Vorsitzender der Bundestarifkommission ist der Fachvorstand Tarifpolitik, der die laufenden Geschäfte in Tarifangelegenheiten führt. Dieses Amt hat nach seiner Wiederwahl am Vortag entsprechend weiterhin Volker Geyer inne.

Der Vorsitzende und seine von der Bundestarifkommission zu wählenden sechs Stellvertreter/innen bilden die Geschäftsführung der Bundestarifkommission. Bei den Stellvertreter/innen gab es Veränderungen: Sieglinde Hasse (GdS), Karl-Heinz Leverkus (DSTG) und Jens Weichelt (SLV) haben sich nicht erneut beworben. Sie wurden von der dbb Bundestarifkommission zu Ehrenmitgliedern gewählt und mit großem Applaus verabschiedet.

Neu gewählt wurden an ihrer Stelle Rita Mölders (VBE), Cornelia Deichert (DSTG) und Thomas Zeth (VAB). Im Amt bestätigt wurden Thomas Gelling (GDL), Andreas Hemsing (komba) und Hermann-Josef Siebigtheroth (VDStra.).

Die Bundestarifkommission beschließt über alle Angelegenheiten in Tariffragen. In Grundsatzfragen entscheidet sie über Forderungsrahmen, Kündigung von Tarifverträgen, Annahme oder Ablehnung von Verhandlungsergebnissen und die Durchführung von Arbeitskampfmaßnahmen. Die Bundestarifkommission tritt in der Regel zweimal im Geschäftsjahr zusammen.

Alle Informationen zur Veranstaltung sind auf www.dbb.de/gewerkschaftstag gebündelt abrufbar.

dbb frauen

dbb Gewerkschaftstag: Gleichstellungspolitische Weichen gestellt

Auf dem dbb Gewerkschaftstag haben die dbb frauen deutliche frauen- und gleichstellungspolitische Schwerpunkte für die künftige Arbeit des dbb beamtenbund und tarifunion gesetzt.

„Die Post-Covid Ära stellt uns vor neue komplexe Herausforderungen. Um sie zu meistern, müssen wir den Status quo im öffentlichen Dienst und darüber hinaus überdenken. Dafür müssen auch die Gewerkschaften neue Schwerpunktbereiche für zukunftsfähiges politisches Handeln vorgeben. Gemeinsam mit der

neugewählten Bundesleitung unter dem Vorsitz von Ulrich Silberbach setzen wir dbb frauen uns für einen starken Staat ein, der Demokratie, Stabilität und Wohlstand lebt und auf Geschlechtergerechtigkeit beruht“, machte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrau-

envertretung und frisch gewählte stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, am 29. November 2022 deutlich.

Insgesamt 50 Anträge der dbb bundesfrauenvertretung, die sich mit frauen- und gleichstellungspolitischen Themen befassen, wurden auf dem dbb Gewerkschaftstag 2022 beraten und beschlossen. Die wichtigsten Kernziele sind Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herzustellen, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, die digitale Transformation der Arbeitswelt geschlechtergerecht zu gestalten, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt weiter zu verbessern und Gewalt und Belästigung gegen Beschäftigte zu beenden:

Bis 2025, so sieht es die Bundesregierung vor, sollen 50 Prozent der Führungspositionen in der Bundesverwaltung mit Frauen besetzt sein. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich der dbb Gewerkschaftstag dafür ausgesprochen, neue Führungskonzepte wie Führen aus der Ferne und Führen in Teilzeit in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu stärken. Nicht nur die Beschäftigten sollen den Erwartungen der Dienstgebenden gerecht werden, sondern auch die beruflichen Strukturen müssen sukzessiv an die Familienrealitäten angepasst werden.

Trotz einheitlicher Tarifverträge gibt es auch im öffentlichen Dienst einen Gender Pay Gap. Dieser ist inakzeptabel und muss aufgelöst

werden. Der dbb setzt sich insbesondere dafür ein, dass Berufsfelder, die traditionell von Frauen dominiert werden, wie zum Beispiel im Gesundheits- und Sozialwesen, aufgewertet werden.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt und New Work Konzepte bieten sowohl Möglichkeiten als auch Gefahren für die Gleichstellung der Geschlechter. Mit zahlreichen verabschiedeten Anträgen zu diesem Themenkomplex trägt der dbb beamtenbund und tarifunion künftig Sorge dafür, dass Chancen ergriffen und Risiken minimiert werden.

Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels und der damit einhergehenden Notwendigkeit, mehr Frauen in Erwerbstätigkeit zu bringen, hat der dbb Gewerkschaftstag beschlossen, sich für konkrete Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt einzusetzen. Dazu zählen unter anderem die Reduzierung der Wochenarbeitszeit, Einführung von Langzeitarbeitskonten sowie die Verbesserung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Die Grundbedingung für eine erfolgreiche Transformation der Arbeitswelt ist das Recht auf Arbeiten frei von Gewalt und Belästigung. Diesem Prinzip folgend hat sich der dbb beamtenbund und tarifunion auf Antrag der dbb frauen für eine Null-Toleranz Grenze bei Gewalt und sexueller Belästigung gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ausgesprochen.

dbb jugend

Ohne junge Beschäftigte kein öffentlicher Dienst der Zukunft

Die dbb jugend hat auf dem dbb Gewerkschaftstag starke jugendpolitische Akzente gesetzt.

Insgesamt 75 Anträge der dbb jugend, die sich mit jugendrelevanten Themen – von der Ausbildungsmodernisierung über die Digitalisierung bis hin zur Chancengleichheit – befassen, wurden am 28. November 2022 auf dem dbb Gewerkschaftstag beraten und verabschiedet.

„Ohne uns junge Beschäftigte sähe der öffentliche Dienst der Zukunft ganz schön alt aus. Umso mehr freuen wir uns, dass wir mit zahlreichen Anträgen die Arbeitsschwerpunkte des dbb für die kommenden fünf Jahre nachhaltig und im Sinne der Nachwuchsförderung mitgestalten können. Denn eines ist sicher: Nur mit modernen Ausbildungsmöglichkeiten, einem durchdachten Personalkonzept und digitalen wie familienfreundlichen Arbeitsbedingungen

wird der öffentliche Dienst wieder zum attraktiven Arbeitgeber Nummer 1. Diese Themen werden wir nun in die Politik und Öffentlichkeit bringen, um dem Fachkräftemangel endlich etwas entgegenzusetzen zu können“, machte Mathäus Fandrejewski, dbb jugend Vorsitzender, am 28. November 2022 auf dem dbb Gewerkschaftstag in Berlin deutlich.

Der neugewählten dbb Bundesleitung sprach Fandrejewski stellvertretend für die dbb jugend das Vertrauen aus und wünschte dem wiedergewählten dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach (komba gewerkschaft) eine glückliche Hand für die künftigen Vorhaben: „Wir freuen uns, auch weiterhin auf gute Zusammenarbeit und stehen der dbb Führungsspitze in allen jugendpolitischen Fragen zur Seite.“

dbb senioren

dbb Gewerkschaftstag: Stimme der dbb bundesseniorenvertretung gestärkt

Die dbb Senioren bringen ihre Expertise nachhaltiger in die Politik des Dachverbandes ein. Ab sofort nehmen sie mit beratender Stimme an den Sitzungen der dbb Bundesleitung teil.

Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing begrüßte die Beschlüsse des dbb Gewerkschaftstages zur Seniorenpolitik am 28. November 2022 in Berlin: „Wir sind stolz darauf, dass wir uns mit unseren Anträgen zur beratenden Mitgliedschaft in der Bundesleitung und zur Aufnahme in die Bundestarifkommission des dbb Erfolg hatten.“

Die dbb bundesseniorenvertretung als Querschnittorganisation unter dem Dach des dbb beamtenbund und tarifunion habe damit nicht nur den Senioren eine stärkere Stimme verliehen, so Klitzing. „Dass wir mit einer Satzungsänderung durchdringen konnten zeigt auch, welche Wertschätzung der dbb der Seniorenarbeit entgegenbringt. Die Delegierten des Gewerkschaftstages haben verstanden, dass der dbb Erfahrung und Wissen der Älteren für die eigene erfolgreiche Arbeit nutzen kann.“ Die Entsendung eines stimmberechtigten Mitglieds der dbb Senioren in die Bundestarifkommission sei ein nicht minder wichtiges Signal: „Zum Beispiel ist die Zusatzversorgung Gegenstand von Tarifverhandlungen. Sämtliche

Tarifabschlüsse haben zudem mittelbare Auswirkungen auf die Anpassung der Ruhegehälter. Eine seniorenpolitische Vertretung in diesem Gremium ist damit konsequent“, führte Klitzing weiter aus.

Mit den Beschlüssen des Gewerkschaftstages stehen weitere wichtige Anliegen im Fokus: So werden Maßnahmen gegen bestehende und künftige Altersarmut ebenso vorangetrieben wie Reformvorhaben im Pflegebereich. So kommen die dringend notwendige Modernisierung des Pflegezeitgesetzes beziehungsweise des Familienpflegezeitgesetzes sowie die Einführung eines steuerfinanzierten „Pflegepersonengeldes“ auf die politische Agenda des dbb. Weitere von den Beschlüssen abgedeckte Themenfelder sind digitale Teilhabe im Alter und die adäquate Berücksichtigung der Interessen von Versorgungsempfängerinnen und -empfängern bei der Übertragung von Tarifiergebnissen. „Die dbb bundesseniorenvertretung wird die Umsetzung der Gewerkschaftstags-Beschlüsse aufmerksam begleiten“, sagte Horst Günther Klitzing.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile

„Mit dem Gesetzentwurf haben wir einen sehr durchdachten und systemkonformen Lösungsansatz für die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gefunden, der mit der bundesweit einmaligen Unterstützung von pflegenden Angehörigen ein deutliches Zeichen zur Stärkung und Anerkennung der häuslichen Pflege setzt“, so Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), zum vom Bayerischen Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf.

Das Kabinett hatte in seiner Sitzung am 29. November 2022 den Regierungsentwurf des Gesetzes zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile gebilligt. Es schlägt damit dem Bayerischen Landtag finanzielle Verbesserungen für viele Beamtinnen und Beamten in Bayern vor, die Familie haben oder Angehörige pflegen. „Damit setzt Bayern – trotz unter Staatshaushaltsgesichtspunkten schwieriger Zeiten – ein deutliches Signal der Anerkennung gegenüber den Be-

schäftigten“, so Nachtigall. Mit dem Gesetzentwurf werden die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 umgesetzt, mit denen das Gericht seine Rechtsprechung zum sogenannten Mindestabstandsgebot zur Grundsicherung umfassend fortentwickelt hat.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker: „Es ist selbstverständlich, dass wir die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts bei der Besoldung unserer Beamtinnen und Beamten

umsetzen. Insbesondere wird der Familienzuschlag neu geregelt und künftig wieder ortsabhängig ausgestaltet, um vor allem Familien in mittleren und teuren Wohnlagen stärker zu unterstützen. Besonders berücksichtigt werden dabei Beamtinnen und Beamte mit Kindern im unteren und mittleren Einkommensbereich.“ Die stark unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Regionen Bayerns erfordern dabei eine differenzierte Betrachtung, der mit der Umwandlung des bisher

reinen Familienzuschlags in einen Orts- und Familienzuschlag Rechnung getragen wird.

Nach dem Entwurf werden zudem im Haushalt zu pflegende Angehörige wie eigene Kinder betrachtet. Den Pflegenden steht damit insoweit ebenfalls ein Orts- und Familienzuschlag zu. „Ein gänzlich neuer und den aktuellen Zeiten sehr entsprechender Ansatz“, lobt Rainer Nachtigall.

Sachsen

Beamtinnen und Beamte sauer: Wertschätzung des Dienstherrn geht anders

Am 29. November 2022 wird für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Dienst des Landes Sachsen eine Tarifierhöhung von 2,8 Prozent wirksam. Vereinbart worden war diese bereits vor einem Jahr. Eine Übertragung auf Besoldung und Versorgung ist jedoch weiterhin nicht in Sicht.

Bis heute habe es die Sächsische Staatsregierung jedoch nicht geschafft, ein entsprechendes Gesetz zur Übernahme auf ihre Beamtenenschaft zu beschließen. Es sei noch nicht einmal ein Entwurf dazu an den Gesetzgeber übersandt worden, kritisiert der SBB. „Doch das ist nicht alles“, so die Landesvorsitzende Nannette Seidler. „Es gibt weitere Themen, die ganz offensichtlich ausgesessen werden.“ Eines sei die Anpassung der Wegstreckenschädigung für Dienstreisende des Freistaates, die ihr privates Kfz für dienstliche Fahrten nutzen müssen. Obwohl eine entsprechende Ermächtigungsvorschrift im Gesetz bei veränderten wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen eine Anpassung zulasse, sei hier noch nichts passiert.

Auch zu einer Übernahme der Energiekostenpauschale in Höhe von 300 Euro auf die Sächsischen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger schweigt der Freistaat Sachsen. Während mit diesem Betrag die Rentnerinnen

und Rentner im Freistaat von rasant steigenden Energiekosten entlastet werden, gibt es für Ruhestandsbeamte weiterhin keine Regelung.

Ebenso offen ist, wann und wie nun in Sachsen eine den, zuletzt in 2020 festgelegten, Grundsätzen des Bundesverfassungsgerichtes entsprechende Besoldung der Beamtinnen und Beamten geschaffen wird. Ein entsprechender Gesetzentwurf lag zwar vor, entsprach den verfassungsgemäßen Anforderungen aus Sicht des SBB jedoch nicht.

„Auch wenn die Vorweihnachtszeit traditionell eine Zeit der Hoffnung ist, haben Sachsens Beamtinnen und Beamte die Hoffnung auf zeitnahe und wertschätzende Regelungen zwischenzeitlich verloren“, so Seidler. „Auf Sachsens Beamtenenschaft ist Verlass, auch in Krisenzeiten. Ob auch auf deren Dienstherrn, scheint aktuell fraglich.“

Thüringen

Versorgung: Energiepreispauschale noch in Arbeit

Die Thüringer Versorgungsempfängerinnen und -empfänger müssen im Dezember noch ohne eine Unterstützung durch Zahlung einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro auskommen.

Ein von der Landesregierung auf den Weg gebrachter Gesetzentwurf kann aufgrund gesetzlich vorgesehener Abstimmungsprozesse erst mit dem Dezember-Plenum in den Landtag eingebracht werden. Ohne gesetzliche Grundlage ist eine Auszahlung nicht möglich.

Das dritte Maßnahmenpaket des Bundeskabinetts vom 3. September 2022 sieht unter anderem die Zahlung einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro für Rentnerinnen und Rentner vor, die jetzt im Dezember ausbezahlt wird. Studierende sowie Fachschülerinnen und -schüler sollen 2023 mit einmalig 200

Euro unterstützt werden. Erwerbstätige erhielten bereits im September eine einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro. Diese soll die Belastung durch die aktuell rasant steigenden Energiekosten abfedern. Nachdem der Bund die Übertragung der Energiepreispauschale auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes bereits zugesichert hat, sind nun die Länder am Zug. Wegen der Zuständigkeiten im föderalen System in Deutschland konnte der Bund zwar eine Entlastung für alle Rentnerinnen und Rentner, nicht aber für die Ruhestandsbeamtinnen und -beamten in den Ländern regeln. Der Freistaat

ist deshalb hier in der Pflicht. Die hohen Energiekosten, die auch Menschen im Ruhestand treffen, unterscheiden nicht nach Rente oder Pension. Beide Gruppen müssen gleichermaßen entlastet werden.

Der tbb Landesvorsitzende Frank Schönborn sagte am 1. Dezember 2022: „Es ist wichtig, dass diese Gruppe nicht vergessen wird. Schließlich haben wir genau dieser Zielgruppe unsere heutige Arbeitsgrundlage zu verdanken. Der Bund sowie einige Bundesländer (Bayern, NRW, Hamburg etc.) haben die Energiepreispauschale für Pensionäre bereits auf den Weg gebracht.“

Mecklenburg-Vorpommern

Mehr Geld für Landräte – Knecht: Steilvorlage für die Einkommensrunde

Die rückwirkende Besoldungserhöhung für Mecklenburg-Vorpommerns Landräte zum 1. Oktober 2022 sorgt beim dbb mecklenburg-vorpommern für Motivation mit Blick auf die kommende Einkommensrunde bei den Kommunen.

„Was den einen recht ist, sollte den anderen billig sein“, so der dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht am 29. November 2022. „Der Erhöhungsschritt ähnelt auffällig unserer Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr pro Monat. Für uns ist das eine sehr motivierende Steilvorlage, denn das Argument des Innenministeriums zur Begründung einer ‚besonders hohen Arbeitsbelastung‘ trifft schließlich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu“.

Knecht weiter: „Ich erinnere erneut daran, dass die Bewältigung der anhaltenden Krisensituation nicht die Landräte allein bewältigt haben. Insofern freue ich mich auf die tatkräftige Unterstützung unserer Forderung von 10,5 Prozent durch die Landräte als kommunale Arbeitgeber und Dienstherrn für ihre eigenen Beschäftigten.“

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

Böhm: Berufsbeamtentum für Lehrkräfte steht außer Frage

Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR), hat sich gegen Angriffe auf die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern gewendet.

„Gerade in Zeiten von Krisen und besonderen Herausforderungen, auch im Hinblick auf den eklatanten Lehrermangel, ist es ein absolutes No-Go, die Frage der Verbeamtung von Lehrkräften erneut aufzuwerfen“, kritisierte Jürgen Böhm die jüngsten Angriffe durch CDU-Vize Carsten Linnemann und den Bund der Steuerzahler. Der öffentliche Dienst und damit auch die verbeamteten Lehrkräfte würden in Krisenzeiten der Pandemie und des Ukraine-Krieges ein funktionierendes Gemeinwohl aufrechterhalten. „Ich bin mir nicht sicher, ob klar ist, dass nur durch die zuverlässige Arbeit der Beamtinnen und Beamten Bildung auch in diesen Zeiten stattfinden kann“, so Böhm.

„Wer den Beamtenstatus für Lehrerinnen und Lehrer in Frage stellt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die verlässliche, auf dem Boden des Grundgesetzes fundierte Sicherstellung des staatlichen Bildungsauftrages, ist unweigerlich an die Verbeamtung der Lehrkräfte gebunden“, macht der VDR Bundesvorsitzende deutlich. Dass ausgerechnet die CDU und der Bund der Steuerzahler den Beamtenstatus „auf den Prüfstand stellen“ wollen und den Beamtenstatus im Schul- und Lehrbetrieb gar für unnötig halten, mache die Unwissenheit deutlich. Wer den Beamtenstatus derart an-

greife, habe nicht begriffen, was Staatsbedienstete leisten und täglich für das Gemeinwohl einbringen.

„Wir müssen die Attraktivität des Lehrberufes besonders heute verbessern und nicht vollends vernichten“, stellt Böhm klar. Durch die Sicherheit und eine angemessene Besoldung, die eine Verbeamtung bieten soll, könnte mehr Nachwuchs in den Lehrberuf geholt werden. „Zum Glück sieht die Realität ganz anders aus. Mittlerweile verbeamten, nach Jahren der Wirrungen und Fehleinschätzungen, auch Länder wie Sachsen und Berlin“, erklärt Böhm.

„Das Berufsbeamtentum als tragende Säule und Institution zur Sicherung eines stabilen Staates muss generell weiter gestärkt werden! Forderungen nach einer drastischen Beschneidung des Beamtenapparats unter anderem auch im Bildungsbereich, wie sie der CDU-Vize Linnemann in seinem neuen Buch fordert, sind populistisch, einfallslos und realitätsfern! Bildung ist eines der kostbarsten Güter unserer demokratischen, freiheitlichen Gesellschaft. Wer Bildung schwächt, spielt mit dem Feuer und setzt die Zukunft unseres Landes aufs Spiel“, so Böhm.

Namen und Nachrichten

Auch nach einer weiteren Verhandlungsrunde am 24. November 2022 konnte keine Einigung zwischen **dbb** und dem Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) erzielt werden. Verhandelt wurde über höhere Zeitzuschläge sowie Zulagen für Führungskräfte und Auszubildende. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten zu Recht eine angemessene Vergütung für Arbeit zu ungünstigen Zeiten und zusätzliche Arbeit. Der dbb fordert einen deutlichen Zuwachs bei den Zeitzuschlägen. Nachdem die Arbeitgeberseite zuletzt erste Vorschläge unterbreitet hatte, waren in der Verhandlungsrunde am 24. November keine weiteren Fort-

schritte zu verzeichnen. In wesentlichen Punkten liegen die Vorstellungen von dbb und BDLS zu weit auseinander. Die Arbeitgeberseite muss kompromissbereiter auftreten. Auch die Verhandlungen über die Zulagen für Führungskräfte und Auszubildende bleiben schwierig. Es konnte keine ausreichende Annäherung zwischen den Tarifvertragsparteien erzielt werden. Insbesondere liegen die Vorstellungen von dbb und der Arbeitgeberseite zur Höhe der Zulagen für Führungskräfte und Auszubildende deutlich auseinander. Daher haben wir beschlossen, den Manteltarifvertrag zu kündigen. Die Verhandlungen werden am 15. Dezember fortgesetzt.

Termine:

9. Januar 2023, Köln
dbb Jahrestagung 2023
Weitere Informationen folgen.

24. Januar 2023,
1. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen.

22. - 23. Februar 2023,
2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen.

28. - 30. März 2023,
3. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen.